

Stellungnahme des AK Undokumentierte Arbeit, ver.di Berlin-Brandenburg, zu der Räumung der Geflüchteten aus dem DGB Haus am 2. Oktober 2014

Wir verurteilen die von der Bezirksleitung des DGB Berlin-Brandenburg beauftragte Räumung der Geflüchteten aus dem DGB Haus aufs schärfste und schließen uns dem Aufruf „Nicht in unserem Namen: Refugees Welcome“¹ an.

Durch die polizeiliche Räumung wurden Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus der Polizei ausgeliefert mit z.T. noch ungewissen aufenthaltsrechtlichen Folgen für die Geflüchteten. Dann in einer im Nachhinein veröffentlichten Erklärung kundzutun „Wir gehen davon aus, dass bei der Strafverfolgung mit Augenmaß vorgegangen wird.“ (DGB, 7.10.2014), ist purer Zynismus.

Wir fordern den DGB Bezirk Berlin-Brandenburg auf, die Anzeige gegen die Geflüchteten zurück zu nehmen.

Der AK Undokumentierte Arbeit bietet seit über einem Jahr im Berliner DGB Haus als Teil des Beratungszentrums Arbeit und Migration arbeitsrechtliche Erstberatung für Arbeitnehmer*innen mit unsicherem Aufenthaltsstatus an. Angesichts der Ereignisse vom 2.10.2014 ist für uns unklar, ob und wie wir diese Beratungsarbeit in Zukunft fortsetzen können. Es ist zu befürchten, dass jahrelange vertrauensbildende Arbeit zwischen aktiven Gewerkschafter*innen und Geflüchteten durch die gewaltsame Räumung zunichte gemacht wurden.

Klarstellen möchten wir insbesondere drei Punkte:

Falsch ist die von der Presse übernommene Aussage der Bezirksleitung, dass gewerkschaftliche Mitgliedschaft nicht für Flüchtlinge möglich sei. Zwar wird dies immer wieder in Frage gestellt, Fakt jedoch ist, dass mehrere Flüchtlinge bereits Gewerkschaftsmitglied wurden, wie z.B. in dem öffentlichkeitswirksamen Beitritt der Geflüchteten der Gruppen „Lampedusa in Hamburg“ in die Gewerkschaft ver.di. Mit einer solchen Aussage betreibt die DGB-Bezirksleitung Politik gegen die Praxis der Einzelgewerkschaften.

In der Presseerklärung des DGB zur Besetzung vom 1.10. steht: „Unsere zahlreichen Beratungsstellen im Hause, die auch Anlaufstellen für ratsuchende Migranten und Wanderarbeiter sind, sind in ihrer täglichen Arbeit stark behindert.“ Wir wehren uns gegen diese generalisierte Aussage, mit der die Beratungsstellen politisch instrumentalisiert werden. Es ist durch nichts belegt, dass die Beratungsstellen durch die Besetzung der Lounge „stark behindert“ wurden.

1

¹ <http://www.labournet.de/interventionen/asyl/antirassistische-ini/fluchtlinge-besetzen-das-berliner-dgb-haus/?cat=7776>

Während der Besetzung wurden wir Zeuge eines katastrophalen Kommunikationsverhaltens von Seiten der Bezirksleitung gegenüber der Gruppe „Refugee Struggle for Freedom“. Anstatt auf die fachliche Expertise der Berater*innen zurück zu greifen, verschiedene gewerkschaftliche Akteure einzubinden und Vermittlungsversuche ernst zu nehmen, wurde stur auf dem eigenen Standpunkt beharrt und die Konfrontation mit den Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen provoziert. Dann zu behaupten, dass die „Flüchtlinge offenbar ein ganz falsches oder nur unklares Verständnis vom Deutschen Gewerkschaftsbund haben“ und gleichzeitig, dass die Handlungsmöglichkeiten „ausgereizt“ worden seien, ist selbstgerecht und unverschämt. Weiterhin zu erklären, dass das DGB Haus „unseres“ ist und Geflüchtete bestenfalls Gäste, spricht Bände über den Paternalismus und die mangelnde Kommunikationskompetenz der Bezirksleitung.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich der DGB Berlin-Brandenburg für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Deutschland ausspricht, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland erleichtern möchte und den Berliner Senat ermahnt, die mit den Besetzer*innen des Oranienplatz ausgehandelten Regelungen einzuhalten. Wenn der DGB öffentlich proklamiert, für eine progressivere Flüchtlings- und Migrationspolitik zu stehen (siehe Broschüre "Menschenrechte für Migrant*innen und Flüchtlinge: Positionen und Forderungen von PRO ASYL, Interkulturellem Rat in Deutschland und Deutschem Gewerkschaftsbund zur Bundestagswahl 2013" bzw. Presseerklärung vom 7.10.2014), dann muss sich die Bezirksleitung aber auch daran messen lassen, wie sie in solch einer Situation agiert. Die Anordnung einer polizeilichen Räumung offenbart einen eklatanten Mangel an Sensibilität für die Situation der Geflüchteten. Deshalb schließen wir uns der Forderung nach Ausrichtung einer gewerkschaftlichen Konferenz an, die den Umgang der deutschen Gewerkschaften mit Geflüchteten und anderen Migrant*innen mit prekärem Aufenthalt „unter Einbeziehung der Geflüchteten, gewerkschaftlicher Institutionen und internationaler Erfahrungen“ diskutiert.

13.10.2014